

Grundsatz der ausnahmslosen Unantastbarkeit des ungeborenen Lebens noch einmal dargelegt mit der ernstesten Warnung, auch die öffentliche Gewalt möge sich erinnern, daß „Gott der Richter und Rächer unschuldigen Blutes ist, das von der Erde zum Himmel schreit“²¹. Derselbe Papst hat sich in seiner sozialen Enzyklika vom 15. Mai 1931 bitter darüber beklagt, daß die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart einer ungeheuer großen Zahl von Menschen es außerordentlich schwer machten, das eine Notwendige, ihr ewiges Heil, zu wirken, und hat deshalb mit inständigem Drängen gefordert, daß man endlich entschieden darauf hinarbeite, die Fülle der wirtschaftlichen Güter so zu verteilen, daß die Daseinsunsicherheit ganzer Volksteile endgültig überwunden werde²².

Dasselbe Sittengesetz, das unbedingt die Tötung jedes Lebens verbietet, gebietet ebenso unbedingt die soziale Gerechtigkeit, die jedem das Seine gibt und keiner Schicht des Volkes das verweigert, was zu einem gesunden Leben nach den Forderungen des Sittengesetzes naturgemäße Voraussetzung ist. Dasselbe Gesetz, das in jedem Falle die Hilfe durch einen Eingriff in das kindliche Leben versagt, stellt das Gebot der Gerechtigkeit und Liebe auf, die alles tut, den armen, den kranken und pflegebedürftigen, den um ihre Ehre bangenden, den in ihrem Persönlichsten geschändeten Müttern durch Mitgefühl und tätige Hilfe die Erfüllung ihrer Pflicht möglich zu machen. Zugleich fordert dieses natürliche Sittengesetz die Zucht des geschlechtlichen Lebens, die vorauszusehendes Unheil von vornherein ausschließt. In dem Maße, in dem die Menschen sich um die Erfüllung aller übrigen Forderungen der sittlichen Ordnung ehrlich bemühen, werden sie auch die Ehrfurcht vor dem Leben wahren.

Der französische soziale Katholizismus und die Republikanische Volksbewegung (M.R.P.)

Von GEORGES JARLOT S. J.

Im Jahre 1893 glaubte Charles Benoît den sozialen Katholiken (Catholiques sociaux) den Todesstoß versetzen zu können, indem er behauptete, ihre Ideen stammten aus Deutschland. In der Tat verdanken die Pioniere des sozialen Katholizismus in Frankreich viel dem deutschen und österreichischen Einfluß. Während ihrer Kriegsgefangenschaft in Köln machten der Marquis de La Tour du Pin und Graf Albert de Mun Bekanntschaft mit den Soziallehren des großen Bischofs Ketteler. Einige Jahre später wurde La Tour du Pin als Militärattaché nach Wien geschickt. Zuvor hatte er die Bedingung gestellt, daß er in Frohsdorf dem damaligen Kronpräsidenten, dem Grafen de Chambord, einen Besuch abstatten dürfe. Dieser bestärkte ihn in seinen Ideen. Er schloß Freundschaft mit dem Fürsten von Liechtenstein, mit dem

²¹ Casti connubii nr. 64 (Herdersche Ausgabe S. 53).

²² Quadragesimo anno nr. 130 und 61 f. (Herdersche Ausgabe S. 97 und 51).

Grafen Blome und mit Vogelsang. In Frohsdorf besprach man die Artikel des „Vaterland“. Später konnte man in dem Organ der Arbeiterkreise (*Cercles ouvriers*), der „Association Catholique“, Beiträge von Liechtenstein, Blome und zuweilen auch von Vogelsang finden. Die Zusammenarbeit mit Descurtins, Mgr. Mermillod, der „Union“ von Freiburg in der Schweiz bereitete bei allen Beteiligten einer günstigen Aufnahme der Enzyklika „*Rerum Novarum*“ den Boden, und diese wurde nunmehr zur Programmschrift erhoben.

Von 1871 bis 1891 steckte der soziale Gedanke allerdings noch sehr in den Anfängen. In der Umgebung von Ch. Maignen und in den katholischen Arbeitervereinigungen dachte man nur an eine Erweiterung der Aufgaben der Arbeitgeber. Ihre Hauptsorge galt der Bewahrung des katholischen Glaubens und der religiösen Betätigung unter den Arbeitern. Dem Liberalismus und den „falschen Dogmen von 1789“ stand man mit tödlichem Haß gegenüber. Ohne rückschrittlich zu sein, wollte man doch von der Vergangenheit lernen. Man hatte nicht vor, die alten Korporationen wieder herzustellen; aber man wollte mit dem Blick auf sie einen neuen Ständeaufbau schaffen. Dieses „*Régime corporatif*“ war das Hauptthema der Schule; es sollte das soziale, wirtschaftliche und politische Leben in seiner Gesamtheit umfassen. Aber diese Auffassungen, die sich ganz gut für die Bauernschaft und das Handwerk eigneten, versagten vor der Großindustrie.

Übrigens hatte die Schule von La Tour du Pin ihre Gegner auch unter den Katholiken. Jene Männer, die man später die „*patrons du Nord*“ (die Arbeitgeber aus dem nördlichen Industriegebiet) nannte, vertraten eine andere Lehre, den Paternalismus, wie man sie abschätzig nannte. Diese geht von einem an sich richtigen Gedanken aus. Viele dieser Unternehmer fühlen sich auch für die Seele ihrer Arbeiter verantwortlich. Ihre Sorge für deren leibliches und sittliches Wohl ist ernst gemeint. Hochherzig und ohne sich hinter Ausflüchten zu verstecken, bringen sie bedeutende Geldopfer. Aber von ihren Rechten und ihrer Autorität lassen sie sich keinen Fußbreit entreißen. Was sie tun, betrachten sie als ein Zugeständnis, fast als einen Akt der Herablassung. Sie neigen nur zu sehr dazu, als Liebeserweis zu betrachten, was doch Forderung der Gerechtigkeit war; in dieser Gesinnung beschützten sie allerdings edelmütig die Familien ihrer Arbeiter. Aber wenn dieser Paternalismus nicht mit dem größten Taktgefühl gehandhabt wurde, mußte er von der Arbeiterklasse sehr übel aufgenommen werden. Einige seiner bekanntesten Vertreter wurden nach diesem Krieg als erste hinter Schloß und Riegel gesetzt.

Den Anhängern des großen Albert de Mun muß man auch die sogenannte Schule von Angers gegenüberstellen (man könnte sie ebenso gut die Schule von Grenoble nennen wegen der *Revue Catholique des Institutions et du Droit*, oder die Schule von Lyon wegen der Lehrtätigkeit von A. Rambaud). Die Ortsangabe ist nur ein Hinweis darauf, daß der Bischof von Angers, Mgr. Pie, ihre Ideen begünstigte und daß die katholische Hochschule der

gleichen Stadt sie verbreitete. Schüler von Bastiat, später von Leroy-Beaulieu, vertraten sie auf wirtschaftlichem Gebiete mit Begeisterung die Lehren des Liberalismus. Politisch waren sie konservativ, genauer noch monarchistisch. In einem Punkte nahmen sie die Ideen von 1789 an und verwarfen sie in anderen; so konnten sie schwerlich in allem folgerichtig sein. Jeden staatlichen Eingriff betrachteten sie als einen Mißbrauch und jede soziale Gesetzgebung als unerträglich. In der Kammer mußte de Mun sie mehr als einmal unter seinen Gegnern sehen. Die individuelle Freiheit und der Arbeitsvertrag, der beiderseits mit gleichen Rechten abgeschlossen werden sollte, löste in ihren Augen jede Schwierigkeit. Die soziale Entwicklung und die päpstlichen Verlautbarungen zwangen ihnen allerdings manche Zugeständnisse ab. Wer würde es heute noch wagen, sich Christ zu nennen und jede soziale Gesetzgebung abzulehnen?

Die Politik der „Annäherung“¹ begünstigte in Frankreich die Entwicklung der christlichen Demokratie. Allerdings nur schüchtern; man konnte sich schwer einen nicht traditionalistischen Katholizismus vorstellen. Unter den sozialen Katholiken kam es zu schmerzlichen Zerwürfnissen. Einig in ihren sozialen Ansichten, standen sich La Tour du Pin und alsbald de Mun politisch als Gegner gegenüber; jener blieb Monarchist, dieser trat für die Aussöhnung mit der Republik ein. Für die christliche Demokratie kämpften vor allem die „demokratischen Abbés“, die Priester Gayraud, Naudet, Lemire und in der nächsten Generation Six.

Von La Tour du Pin trennt sie nur ein einziger, aber wichtiger Punkt: die Demokratie. Sie sind für die Aussöhnung nicht nur aus Gehorsam gegen den Papst; sie sind überzeugte und eifrige Demokraten. Die Grundlage ihrer Lehre ist ein Prinzip von 1789, das die katholische soziale Schule immer bekämpft hat, nämlich: Gerechtigkeit durch Gleichheit. La Tour du Pin setzte dem entgegen: „Die Korporation ist entweder hierarchisch oder sie ist überhaupt nicht.“ Die christlichen Demokraten hingegen weigerten sich, wie die Traditionalisten es von ihnen verlangten, „mit frommer Ergebung die Verschiedenheit der Klassen und Lebensbedingungen als eine unabänderliche Tatsache hinzunehmen“. Hier liegt der eigentliche Gegensatz. Die einen rechnen mit der sozialen Gesinnung der führenden Schichten, denen man nur ihre Verpflichtungen klarzumachen brauche. Nach Abbé Naudet hingegen „fühlt sich das Volk mündig und verlangt, seine Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen“. Über die andern Punkte konnten sie sich leicht einigen; sie waren selbst darüber erstaunt, wenn sie in der Frage der Berufsorganisationen und ihrer Vertretung vor den öffentlichen Gewalten diese Einigkeit feststellten.

Wenn hier von dem Ursprung der christlichen Demokratie so ausführlich die Rede war, so liegt der Grund darin, daß man in ihr den wahren Vorläufer der heutigen Republikanischen Volksbewegung (M.R.P.: Mouve-

¹ Leo XIII. hatte in seiner Enzyklika „Au Milieu des Sollicitudes“ von 1892 den Katholiken die Aussöhnung mit der republikanischen Staatsform angeraten.

ment Républicain Populaire) zu sehen hat. Dazwischen steht zeitlich die demokratische Volkspartei (Parti Démocrate Populaire). Aber wir dürfen auch die Vorarbeit der sozialen Katholiken nicht vergessen, die den Boden bereitet haben. Vielleicht wäre noch der Sillon („Die Furche“) von Marc Sangnier zu nennen; aber es scheint sich hier mehr um eine Übertreibung der christlichen Demokratie zu handeln, die zuerst etwas auf Abwege geriet, sich aber bald wieder ins richtige Geleise zurückfand. Seine Übertreibungen und die darauffolgende Verurteilung waren nicht ohne Nutzen. Jedenfalls hatte dieses Abenteuer die gute Folge, daß Führung und Einfluß von den demokratischen Abbés, wenn auch noch nicht in hinreichendem Maße, auf die Laien übergingen.

Die wahren Erben dieser Bewegungen sind die „Französischen Sozialen Wochen“ (Semaines sociales de France). Weniger politisch und kämpferisch eingestellt, waren sie wirklich, was sie zu sein behaupteten, eine „wandernde Hochschule“. Jedes Jahr in der ersten Ferienwoche versammelten sie, jedesmal in einer anderen bedeutenden Stadt, einen Stab von Professoren, der wirklich eine katholische und soziale Elite darstellte. Unter der Leitung von Henri Lorrain und nach ihm von Eugène Duthoit leisteten sie fruchtbare Arbeit. Schon vor dem ersten Weltkrieg hatten sich diese „Wochen“ gut eingespielt; die erste fand bereits 1904 statt. Zu ihrer vollen Entfaltung wuchsen sie jedoch erst in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen empor. Man hat ihnen nachgesagt, sie hätten nichts Neues gebracht, sie seien „verzweifelt klassisch“. Aber hier lag vielleicht gerade die Stärke dieser vorbildlichen Vorlesungen: Duthoit wollte, daß sie eigentliche Universitätskurse seien. Sie haben keine Revolution hervorgebracht, aber dafür etwas viel Besseres geleistet. Jahr um Jahr haben sie über einen bestimmten Gegenstand eine klare, geordnete und gründliche Doktrin verbreitet. Da die Vortragenden meist Professoren waren, kam es wohl vor, daß sie manchmal über die Köpfe ihrer Zuhörer hinwegredeten, unter denen man allzu viele Theologen und Pfarrhelferinnen sah. Aber die jährlich veröffentlichten Berichte halfen die christliche Soziallehre in Frankreich verbreiten. Hier erhielten die Katholische Aktion und die Jugendbewegungen ihre innere Formung. Gewiß machte die Sorge, mit den päpstlichen Enzykliken in Einklang zu bleiben, diesen oder jenen Professor etwas zu schüchtern; aber es handelte sich ja weniger darum, einen Urwald zum erstenmal zu roden, als breite und gangbare Straßen zu bauen. Von ihren Lehren leben wir noch heute. Deswegen wollen wir im folgenden die großen Leitlinien herausarbeiten.

An erster Stelle steht für sie die Familie, „die erste Zelle der Gemeinschaft“. Ohne sie läßt sich kein solider Bau aufführen. Aber die erste Sorge gilt hier nicht dem Geburtenreichtum. Die Frage des Bevölkerungszuwachses, so beängstigend sie ist, steht nicht im Vordergrund. Sie denken an die Familie um ihrer selbst willen, als an die natürliche Umwelt, in der sich die menschliche Person entfaltet. Der Begründung eines materiellen Familienbesitzes, besser noch eines Familiengutes, gilt ihre Sorge, mehr noch eines

geistigen Familienerbes. Dabei denken sie zuerst an die in ihren Rechten am meisten gekürzten Bevölkerungsschichten. Deswegen ihre Bemühungen um Familienlohn, um Ausgleichskassen und um „Zuschüsse für die Hausmutter“ (allocation de la mère au foyer). Sie hüten sich jedoch vor einem gewissen berufsständischen Paternalismus zugunsten der Familie. Nicht Vergünstigungen verlangen sie, sondern fordern Gerechtigkeit.

Am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts galt es, gegen den herrschenden Individualismus den sozialen Charakter der menschlichen Natur und infolgedessen die objektive Wirklichkeit der sozialen Gruppen zu betonen. Als aber der Totalitarismus sich zu einer Doktrin formte und seine Anhänger in verschiedenen Ländern zur Macht kamen, hieß es, „der gefährdeten menschlichen Person“ zu Hilfe zu kommen. Mehrere soziale Wochen wurden nach jener von Angers (1935) über die korporative Organisation dieser Aufgabe gewidmet. Diese Sorge bleibt auch heute noch. Die menschliche Person hat eine geistige Bestimmung und darum ist die Freiheit eine wesentliche Forderung für sie. Aber weil die menschliche Person durch ihre Natur zeitlichen Bedingungen verhaftet ist, kann sie nur vermittels sozialer Organisationen ihre Freiheit verwirklichen und ihre geistige Bestimmung erreichen. Der Seinsgrund dieser Organisationen ist ein gemeinsames Gut, und deshalb müssen sie im Dienste der menschlichen Person stehen. Diese Lehre wurde zu Clermont, Rouen, Versailles und Bordeaux entfaltet.

Auf wirtschaftlichem Gebiete trennen die sozialen Wochen das Eigentumsrecht nicht von seiner sozialen Funktion. Dieses Recht beruht nach ihnen wohl eher auf dem Beruf der Familie als auf Rechten der Einzelperson. Deswegen verlangen sie, daß alle Familien, besonders die proletarischen, seiner Vorteile teilhaft werden. Das Proletariat zu entproletarisieren muß die erste Pflicht des Soziologen sein.

Dem Kapitalismus gegenüber bedingen diese Grundsätze eine abgestufte Haltung. Die sozialen Wochen sind für die Einführung und dann für den Schutz der kleinen Sparguthaben eingetreten. Die Sozialversicherungen erscheinen ihnen notwendig, um jedem in jeder Zufälligkeit des Lebens das Existenzminimum zu sichern. Aber sie halten sie nicht für ausreichend; denn der Beruf des Familienoberhauptes darf nicht einzig darin bestehen, daß er Träger und Empfänger von Sozialversicherungen ist. Bei der Durchführung eines Planes für soziale Sicherheit, mag es sich nun um den Beveridgeplan oder einen andern handeln, würden sie eine große Anpassungsfähigkeit verlangen.

Die Diktatur des Geldes wird keineswegs einfach hingenommen. Aber wo ist die Grenze, wo das Privatvermögen seine Berechtigung verliert? Diese Frage wurde meines Wissens noch wenig behandelt. Aber man hat sich bemüht, die Allmacht der Aufsichtsräte in den wirtschaftlichen Unternehmungen einzuschränken. Seit langem schon nahmen die sozialen Christen Stellung zugunsten einer Beteiligung der Arbeiter am Ertrag und dann auch an der Führung der Unternehmen. Diese Ideen erhielten konkrete Gestalt

in dem „Gemeinsamen Plan 1944“, der als Gemeinschaftsarbeit des Centre des Jeunes Patrons (C.J.P.: Zentrale der jungen Arbeitgeber) und der Confédération française des travailleurs chrétiens (C.F.T.C.: Gewerkschaft der französischen christlichen Arbeiter) aufgestellt wurde. Dort wird für eine Vertretung des arbeitenden Personals in der Verwaltung des Betriebes eingetreten, und zwar soll diese um so umfangreicher sein, je größer das Unternehmen ist. Man versucht aus den Syndikaten der Unternehmer, der Betriebsleiter und der Arbeiter Kommissionen zu bilden, die gemeinsam die beruflichen Belange studieren sollen. Diese Kommissionen sollen für alle Fragen zuständig sein, die die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit betreffen, als da sind: Lohn, Unterstützung, Lehre, bezahlter Urlaub und Altersrente. Sie sollen ferner die Aufgabe übernehmen, kollektive Übereinkünfte auszuarbeiten, die die Statuten des Berufes zu bilden haben. Im Wirtschaftlichen sollten sie unter der Kontrolle eines Regierungsvertreters die allgemeinen Richtlinien aufstellen, die das Gemeinwohl des Berufsstandes oder des Volkes fordert.

Damit ist auch Stellung genommen zu der Frage der Planwirtschaft. Die sozialen Wochen haben zwar keine fest umrissene Lösung vorgelegt; aber sie würden ohne Schwierigkeit die nunmehr klassisch gewordene Einteilung in drei Sektoren annehmen: in einen freien, einen der Planung unterworfenen und einen verstaatlichten. Zum ersten würden die Einzelunternehmen gehören, Landwirtschaft, Handwerk und Kleinindustrie; solche, die einer Familie gestatten, von ihrem Erbteil zu leben, und die durch die persönliche Arbeit des Hauptes und der Mitglieder der Familie mit Hilfe einer begrenzten Anzahl von Angestellten betrieben werden. Der Planung würden normalerweise unterstellt die Kapitalgesellschaften und ganz allgemein jene Unternehmen, in denen die Beziehungen zwischen Eigentümern und Angestellten nicht mehr unmittelbar und persönlicher Art sind. Besonders auf diesem Gebiete fordern die Christen die Berufsorganisation. Sie sind für Planwirtschaft, aber geplant und geleitet von den beruflich organisierten Interessenten.

Eine Verstaatlichung endlich erschreckt sie nicht, vorausgesetzt, daß wohl-erworbene Rechte eine gerechte Entschädigung erhalten. Wenn eine Industrie oder eine Gruppe von Industrien in einem Industriezweig ein tatsächliches Monopol bilden oder eine Dienstleistung von geradezu öffentlichem Belang darstellen, wenn das nationale Interesse unmittelbar und an erster Stelle davon betroffen wird, wenn eine derartige Gruppe eine solche Macht bildet, daß sie die öffentliche Gewalt in Schach zu halten oder zu ihren Gunsten zu beeinflussen vermag, dann ist die Verstaatlichung vielleicht unvermeidlich. Ihre Ausdehnung, ihre Methode und der Augenblick der Verwirklichung dürfen nur von nationalen Gesichtspunkten aus bestimmt werden. Die Anwendung dieser Grundsätze ist vielleicht wirksamer als die unbestimmten Reden gegen die Trusts, wobei nicht weniger unklar bleibt, was man dazu rechnen soll.

Auf sozialem Gebiete brauchen die sozialen Wochen in der Frage der Gewerkschaften nicht Stellung zu nehmen. Wenn ursprünglich manche Christen die gemischten Syndikate den Klassensyndikaten vorgezogen hätten, so hat die Erfahrung ihnen gezeigt, daß die Struktur der Industrie für die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer getrennte Syndikate fordert; nur muß auf allen Stufen für die Möglichkeit gesorgt sein, daß die beiden unmittelbar und womöglich dauernd miteinander in Berührung bleiben.

Die Ereignisse des Jahres 1936 haben gezeigt, daß es von Vorteil ist, zwischen die Vereinigungen der Arbeitgeber und die Verbände der Arbeitnehmer Syndikate der Betriebsleiter einzuschalten. Dank ihrer Zwischenstellung können sie mit Nutzen bei der Aufstellung von Kollektivverträgen und überhaupt in alle Diskussionen von allgemeiner Tragweite eingreifen. Diese Betriebsleitersyndikate wurden nach Kriegsende von der C.G.T. (Confédération Générale du Travail; Allgemeine Arbeitergewerkschaft) heftig bekämpft. Die C.F.T.C. dagegen läßt die Betriebsleiter nicht in ihren Reihen zu. Jene möchte aus ihren totalitären Bestrebungen heraus alle Lohnverdiener, auch die Ingenieure, einschließen. In Wirklichkeit weiß sie genau, daß ihr ohne diese eine Machtergreifung nicht möglich ist.

Gegen den Totalitarismus der C.G.T. kämpft die C.F.T.C. für ihre Existenz. Dabei unterstützt sie die Interessen des Proletariats genau so wie die C.G.T. Wenn sie bei gewissen Aktionen nicht mitgeht, so deswegen, weil sie darin politische Absichten erkennt. Denn die christlichen Gewerkschaften halten sich aus der Politik heraus. Die C.G.T. hingegen ist seit Kriegsende trotz des Widerstandes der alten Mitglieder unter die Kontrolle der Kommunistischen Partei geraten. Sie beruft sich dabei auf die Einheit der Proletarier und erklärt immer wieder, daß sie alle politischen Meinungen und alle religiösen Bekenntnisse zuläßt. Manche haben sich dadurch täuschen lassen und stellen sich auf den Standpunkt, man müsse sich dem Proletariat da anschließen, wo es ist, also in der C.G.T., weil sie die eigentlich proletarischen Massen vertrete. Dem stehen schwere Bedenken entgegen. Gewiß ist die Katholische Aktion etwas für sich — das Werk einer Elite, die in die Massen vorzudringen sucht, um sie umzuwandeln. Etwas anderes aber wäre es, die Christen unterschiedslos in Gewerkschaften einzugliedern, deren Tätigkeit tatsächlich von kommunistischen Grundsätzen geleitet wird. Die Gefahr ist um so größer, als in vielen Fällen die Forderungen auf beiden Seiten die gleichen sind; aber die Kommunisten würden daraus ein Instrument des Klassenkampfes machen, während die Christen durch sie ein Gebot der Gerechtigkeit zu verwirklichen suchen. Das entscheidende Argument der C.F.T.C. ist jedoch dieses: Eine Mehrzahl von Gewerkschaften ist für deren Freiheit und damit für eine wahre Demokratie eine Notwendigkeit. Einheitsgewerkschaft, Einheitsschule, Einheitsjugend, Einheitspartei, all das sieht ganz nach Totalitarismus aus und ist der erste Schritt zur Diktatur eines einzelnen oder einer Partei.

Im übrigen besteht keine Gefahr eines Klerikalismus. Die C.F.T.C. ist

nicht konfessionell gebunden. Sie ist nicht etwa nur Christen zugänglich, die mit der katholischen Hierarchie in Verbindung stehen. Sie nimmt in ihre Reihen Katholiken auf — diese bilden tatsächlich die Mehrheit — aber auch Nichtchristen, wie die Mohammedaner Nord-Afrikas, und selbst Ungläubige. Sie ist christlich in dem Sinn, daß die Grundsätze ihres Denkens und Handelns mit der christlichen Soziallehre in Einklang stehen, so wie sie in den Enzykliken vorliegt.

Mit noch größerer Entschiedenheit wehrt sich auf politischem Gebiete die Republikanische Volksbewegung (M.R.P.) dagegen, als katholische Partei angesehen zu werden. Sie ist nicht nur für Katholiken zugänglich, und noch weniger ausgemacht ist es, daß etwa alle Katholiken ihr Programm annehmen und für sie stimmen. Es ist im Gegenteil nur zu wünschen, daß rechts und links von ihr Katholiken in andern Parteien zu finden sind. Die Behauptung, sie sei eine klerikale Partei, die „Partei der Pfarrer“, ist eine Verleumdung. Kein Bischof hat, soviel ich weiß, jemals eine Erklärung oder Weisung zu ihren Gunsten abgegeben, was übrigens auch eine Katastrophe bedeuten würde. Wahrscheinlich sind sich die französischen Bischöfe in ihrem Innern selbst nicht über sie einig.

Und es ist gut, daß dem so ist. Die Befreiung der Religion von der Politik war bei uns die Frucht einer langen Bemühung und hat uns schwere Opfer gekostet. Die Geschichte der Action Française bedeutete darin vielleicht den Schlußpunkt der Entwicklung. Aber nachdem sich die Katholiken mühsam von den konservativen Parteien losgelöst haben, können sie sich nicht neuerdings von der Volkspartei mit Beschlag belegen lassen, die das übrigens auch gar nicht vorhat. Die verschiedenen Gruppen der Katholischen Aktion haben uns — vielleicht nur zu sehr — daran gewöhnt, zwischen katholischer Aktion und politischer Aktion zu unterscheiden. „Außer und über den Parteien“ — diese Parole der Katholischen Aktion haben manche aus einer Art geistiger Trägheit auf ihr privates politisches Verhalten übertragen und sind so zu Emigranten im eigenen Land geworden.

Doch muß man zugeben, daß die Katholiken, Männer wie Frauen, sehr zahlreich für die Republikanische Volksbewegung gestimmt haben. Auch das wird man zugeben müssen, daß sie viele Stimmen erhalten hat, die früher mehr nach rechts gingen. Bei diesen war es möglicherweise ein Gestus der Verteidigung oder der Furcht. Manche sahen in dieser Konzentration auf der Linken die letzte Verteidigungsstellung gegen den Kommunismus. Bei andern war es der Sinn für Ordnung und Anhänglichkeit an de Gaulle. Sie dürften wohl in einigen der Führer der Bewegung die letzten Getreuen des Generals gesehen haben. Die Ereignisse der letzten Monate haben hier sicher dämpfend gewirkt; die Volksbewegung hat sich in schwerwiegenden Punkten — wie Annahme oder Verwerfung der Verfassung — von General de Gaulle getrennt.

Der Erfolg der Republikanischen Volksbewegung bei den Katholiken hat andere Gründe. Man muß sie in ihrer Lehre suchen und außerdem in der

fortgeschrittenen sozialen Erziehung der katholischen Wähler. So sind die verschiedenen Bewegungen der katholischen Aktion nicht ohne Frucht geblieben. Umfragen, Studienkreise, Bildungskurse, all das war nicht vergebens. Die ehemaligen Mitglieder der J.O.C. (Jeunesse Ouvrière Catholique: katholische Arbeiterjugend), der J.E.C. (Jeunesse Etudiante Catholique: katholische studierende Jugend), der J.A.C. Jeunesse Agricole Catholique: katholische Landjugend), die nunmehr das Wahlalter erreicht haben, sind für die sozialen Fragen weit aufgeschlossener als die vorhergehende Generation. In diesen Fragen haben sie eine christliche Formung erhalten.

Immerhin bleibt zwischen der Stimmenzahl für die Volksbewegung und der Zahl der Mitglieder der katholischen Aktion sowie derer, die ihnen nahestehen, ein großer Abstand. Es bleibt nur die eine Erklärung — und sie bedeutete geradezu eine Entdeckung —, daß die katholische Soziallehre, ehrlich vorgetragen, im Lande durchgeschlagen hat. Und das ist in der Tat so. Viele, die sowohl die proletarische Revolution wie die jetzige Unordnung ablehnen, die sich von der Vergangenheit freimachen wollen, ohne sich kopfüber in das Chaos zu stürzen, haben die soziale und politische Lehre der Volksbewegung angenommen. Damit ist nicht gesagt, daß sie praktizierende Katholiken sind. Es genügt ihre Anerkennung, daß die christliche Lehre einen aufrichtigen Versuch verdient, sie in der Praxis anzuwenden.

Gegenwärtig trägt die Republikanische Volksbewegung mit die Verantwortung für die Regierung — eine schwere Belastung. Für gewöhnlich machen junge Parteien ihre Lehrzeit in der Opposition durch. Diesmal mußte man dieses Stadium überspringen, zum großen Erstaunen aller, nicht zuletzt der Partei selbst. Was wird die Zukunft bringen? Die Stellung als Regierungspartei ist nicht ohne Gefahren. Man muß, zusammen mit andern, Entschließungen zustimmen, die man allein nie gefaßt hätte. Man ist in seiner Politik nicht mehr frei. Kompromisse werden nötig, durch die man sich Blößen gibt. Bei diesen gegenseitigen Zugeständnissen muß auch der Geschickteste Federn lassen.

Die Koalition der drei Parteien stellte vor schwere Fragen. Die Volksbewegung kam zusammen mit den Sozialisten und Kommunisten an die Macht, zuerst unter der Führung von de Gaulle, später ohne ihn. Dann ging man in die Wahl mit der Parole: „An die Regierung — ohne Thorez!“, um sich aufs neue zusammen mit Sozialisten und Kommunisten in einer erweiterten Koalition an der Regierung zu finden. Aber diese Dreiparteienregierung hatte viele Feinde, auch in der Volksbewegung².

Die Hauptfrage, eingestanden oder nicht, ist doch diese: Mit den Kommunisten oder ohne sie? Käme es nur auf die Theorie an, so wäre die Antwort einfach: Gegen sie! Die Grundsätze der beiden Parteien stehen mit-

² Der Beitrag ist vor dem Austritt der Kommunisten aus der Regierung geschrieben.

einander in Widerspruch. Aber der Übergang von einer versteckten Opposition zu einem offenen Bruch könnte für das Land weittragende Folgen haben. Er würde fast unvermeidlich zu der Politik zweier Blocks führen. Paul Raynaud scheint dies nicht viel auszumachen, aber das Gleichgewicht der Kräfte ist augenblicklich so, daß bei einem Auseinandergehen ernsthafte und lang andauernde Unruhen nicht ausgeschlossen sind, die dem wirtschaftlichen Wiederaufbau, dem sozialen Frieden, ja der moralischen Einheit des Landes schwersten Schaden zufügen würden. Man überlegt sich so etwas zweimal, wenn man bedenkt, daß die kommunistische Partei tatsächlich die C.G.T. beherrscht und dadurch eine große Macht über die arbeitende Klasse besitzt, und daß sie damit auf das nationale Geschehen Einfluß ausüben kann, wann und wie sie will. Damit kann aber der Wiederaufbau und die Lebensmittelversorgung gefährdet werden, und der Regierung erwachsen daraus die ärgsten Schwierigkeiten.

Es ließe sich noch eine andere Lösung denken: eine französische Arbeiterpartei. Warum auch nicht? Zwischen einem französischen Sozialismus, der wie derjenige eines Blum humanistisch gerichtet wäre, und der sozialen Stellung der Republikanischen Volksbewegung könnten die Abstände verringert werden. Über eine Reihe praktischer Lösungen könnte man sich ziemlich leicht einigen: demokratische Wirtschaft, Beteiligung der Arbeiter an der Leitung der Unternehmen, gewisse Verstaatlichungen und Versuche einer Planwirtschaft. Aber dafür müßte der französische Sozialismus seine Grundsätze folgerichtig zu Ende denken, d. h. sich vom historischen Materialismus und der proletarischen Revolution abwenden und zu einer reformistischen und idealistischen Überlieferung zurückkehren, kurz, er müßte endgültig mit Proud'hon gegen Marx Stellung nehmen, statt das Unvereinbare vereinen zu wollen: dann, und nur dann, ließe sich mit ihm verhandeln.

Aber noch über einen andern Punkt müßte man einig werden: Bis jetzt stehen sich Sozialisten und Volksbewegung in der Schulfrage gegenüber, und hier trennt sie die ganze weltanschauliche Einstellung. Diese Schwierigkeit ist ernst. Der Sozialismus hat seinen Antiklerikalismus nicht aufgegeben. Außerdem sind die beiden Partner aber auch nicht sicher, ob sie sich in der Frage des Eigentums, des Erbrechts und in einigen andern Dingen im gleichen Lager wiederfinden. Hier trennt sie wiederum ein grundlegender Gegensatz: die Auffassung von der Familie. Die Einstellung ist bei den einen individualistisch, bei den andern traditionalistisch. Das für den Sozialismus grundlegende Prinzip der Gleichheit verlangt, daß jeder das und nur das sei, was er aus sich selbst macht. Auf christlicher Seite aber betrachtet man die Familie als die soziale Keimzelle, ausgehend von der Feststellung, daß der einzelne sich nur innerhalb einer gewissen geistigen Überlieferung entwickeln kann, die selbst wiederum eine gewisse materielle Vermögensgrundlage voraussetzt. Entweder steht der einzelne allein dem Kollektiv gegenüber, oder aber es schalten sich zwischen beide noch andere Gemeinschaften mit ihren

eigenen Strukturen und Organisationen ein. Hier gibt es auch eine Entscheidung für oder gegen.

Es bleibt eine letzte Schwierigkeit: Den Kampf mit den Kommunisten aufnehmen, hieße das nicht, die Gesamtheit der Arbeiterklasse gegen sich haben? Lügen die Dinge anders, als sie gegenwärtig liegen, so hätte man daran denken können, den Massen einen Sozialismus vorzuschlagen, der konstruktiv und außerdem französisch genug wäre, um sie gegen das Gift des Marxismus zu immunisieren. Der französische Arbeiter liebt sein Land, und sein Land ist eben Frankreich. Vieles aber erregt den Verdacht, daß die kommunistische Partei ihre Vaterlandsliebe immer nur dann entdeckt, wenn die Interessen Frankreichs gerade mit denen der Dritten Internationale zusammenfallen. Oder sollte der Kommunismus seine Anhänger so weit gebracht haben, daß sie wirklich in Moskau die Hauptstadt des siegreichen Proletariats erblicken?

Das sind ohne Zweifel die Gründe, die große Zurückhaltung nahelegen. Da es augenblicklich nicht möglich ist, eine französische Arbeiterpartei zu gründen, kann man sich fragen, was die Volksbewegung tun wird. Werden nicht manche unter ihren Anhängern, ja selbst unter ihren leitenden Persönlichkeiten Angst davor haben, daß die Partei nach links abbröckelt? Vielleicht verlangen sie deswegen eine so feste Stellungnahme gegenüber den kommunistischen Täuschungen und Tarnungen. Andere hingegen werden Bedenken tragen angesichts der wahrscheinlichen Spaltung nicht bloß ihrer Partei, sondern des ganzen Landes — mit all den unvorhersehbaren Folgen, die eine solche unvermeidlich nach sich ziehen müßte.

So steht die Republikanische Volksbewegung heute am Scheideweg. Sie ist noch jung. Aber sie hat bereits bewiesen, daß sie Unterscheidungsgabe und Klugheit besitzt.

Bodenreform und Siedlung

Von OSWALD VON NELL-BREUNING S. J.

Der Name „Bodenreform“ ist nicht eben glücklich gewählt, weil er nicht erkennen läßt, was am Boden „reformiert“ werden soll, aber er war ein ehrlicher und rechtschaffener Name, bis er unmittelbar nach Beendigung der beiden Weltkriege dazu herhalten mußte, Maßnahmen zu decken, die mit dem, was man bis dahin unter „Bodenreform“ verstand, nichts gemeinsam hatten: nach dem ersten Weltkrieg Maßnahmen mit ausgesprochen nationalpolitischer (nationalistischer) Zielsetzung, nach dem zweiten Weltkrieg Maßnahmen, die auf eine Umschichtung gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse abzielten. Hier geht es ausschließlich um die „Bodenreform“ im echten Sinne des Wortes.

In der heutigen Rechtsordnung, beispielsweise im Sachenrecht des BGB, erfährt der Grund und Boden zwar gewiß nicht völlig, aber doch sehr weitgehend die gleiche Behandlung wie bewegliche „Sachen“. Demgegenüber